

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 37 (1958)
Heft: 8

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften

Autor: Fabian, Walter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Zeitschriften

Unter dem Motto «*Eine Gefahr für die freiheitliche Gesellschaftsordnung*» veröffentlicht Professor Dr. Harald Rasch (Frankfurt) im Wirtschaftsblatt der «*Frankfurter Allgemeinen Zeitung*», Nr. 164 (19. 7. 1958), eine wichtige Arbeit zum Problem der *Unternehmens-Konzentration*. Der Verfasser, seit Jahrzehnten in Praxis und Theorie eine Autorität auf dem Gebiet des Kartell- und Konzernrechts, beginnt seine Untersuchung mit folgenden Sätzen:

«Seit Jahren erleben wir in Westdeutschland einen Prozeß der Unternehmenskonzentration. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht über Aktienaufkäufe dieser oder jener Interessengruppe, über den Erwerb von Minderheitspaketen, Schachtelbeteiligungen und qualifizierten Mehrheiten, über Verschmelzungen und den Abschluß von Organschaftsverträgen berichtet wird. An der *Ruhr* werden die letzten Spuren der Entflechtungspolitik der früheren Besatzungsmächte ausgelöscht; die entflochtenen, längst wieder in neuen Gruppierungen zusammengeflochtenen Firmen wachsen weiter in die Breite und Tiefe. In der chemischen und Erdölindustrie, in der Maschinen- und Automobil-, in der Elektro-, feinmechanischen und optischen Industrie, aber auch bei Kaufhäusern sind bedeutende Zusammenschlüsse zu verzeichnen. Die drei Filialgroßbanken, die in eine Reihe von Regionalinstituten aufgeteilt waren, haben sich wieder zusammengefunden. Natürlich zeigen die Konzentrationstendenzen in den einzelnen Wirtschaftszweigen durchaus verschiedene Ausmaße und Formen. Aber wohin wir auch blicken mögen, Zusammenschlüsse zweier oder mehrerer Gesellschaften sind an der Tagesordnung. Selbst die Neugründung größerer Unternehmen vollzieht sich praktisch niemals mehr unter Beteiligung des breiten Publikums, sondern von vornherein als Gemeinschaftsgründung schon bestehender Unternehmen.»

Dann betont Professor Rasch, daß die amtliche Statistik von dieser Tendenz zur Unternehmenskonzentration kein vollständiges Bild vermittele und fährt fort:

«Es nimmt nicht wunder, daß diese Entwicklung in zunehmendem Maße die Aufmerksamkeit der Soziologen, Volks- und Betriebswirte, Juristen, Wirtschaftspolitiker und Kulturkritiker auf sich lenkt, von den unmittelbar Beteiligten ganz zu schweigen. Manche Kreise der Wirtschaft sind geneigt, sie als eine mehr oder weniger *zwangsläufige* Begleiterscheinung und Folge des ‚technischen Fortschritts‘ zu betrachten, Verhältnisse, in die der Staat einzugreifen weder Veranlassung noch Möglichkeit habe. Andere beklagen die Einschränkung des Wettbewerbes durch den Rückzug der Zahl unabhängiger Unternehmer im Zuge der industriellen Konzentration, zeichnen die Gefahren der Vernichtung selbständiger wirtschaftlicher Existenzen für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung. Einigen verhältnismäßig positiven Stimmen innerhalb der Wissenschaft (*v. Beckerath*, Großindustrie und Gesellschaftsordnung, 1954) steht die tiefe Skepsis eines Gelehrten von europäischem Rang gegenüber: ‚Die zunehmende Konzentration im umfassendsten Sinne und auf allen Gebieten... bleibt, wenn wir alles nur auf einen Nenner bringen wollen, *die eigentliche Sozialkrankheit unserer Zeit*, und Kollektivismus und Totalitarismus erscheinen dann lediglich als der äußerste und tödliche Grad der Krankheit‘ (*Röpke*, *Jenseits von Angebot und Nachfrage*, 1958).»

Im weiteren Gedankengang seiner Arbeit untersucht Professor Rasch die Gründe für die moderne Unternehmenskonzentration, konstatiert die «ausgesprochen konzernfördernde Wirkung des Aktienrechtes» und betont, daß «die Steuergesetzgebung durchaus bewußt im Sinne ihrer Begünstigung, und zwar insbesondere einer Begünstigung der Konzentration durch Konzernbildung wirkt». Abschließend schreibt er unter dem Motto «Keine Gewaltmaßnahmen»:

«In jedem Falle werden aktien- und steuerrechtliche Reformen Hand in Hand gehen müssen. Mit der stärkeren Spaltung des Körperschaftssteuertarifs für ausgeschüttete und nicht ausgeschüttete Gewinne hat der Bundestag eine Steuerpolitik eingeleitet, die der übermäßigen Thesaurierung und damit auch der Unternehmerkonzentration entgegenwirken soll. Die Gesetzesentwürfe der Bundesregierung über die Ausgabe von Zusatzaktien liegen wirtschaftspolitisch auf derselben Linie. Das sind durchaus erfreuliche Anfänge. Aber diese Bemühungen müssen durch eine entsprechende Reform des Aktienrechts ergänzt werden. Schließlich bietet das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen eine Handhabe, Ursachen und Wirkungen von Zusammenschlüssen besser zu erkennen, um daraus weitere gesetzgeberische Folgerungen zu ziehen. Nur *eine auf lange Sicht konzipierte*, alle Zweige der Gesetzgebung umfassende Wirtschaftspolitik ist geeignet, unerwünschte Unternehmenskonzentrationen für die Zukunft zu verhindern, ohne unseren Großunternehmen und ihrer Entwicklung Gewalt anzutun.»

*

Die Wiederkehr des 20. Juli hat die «Deutsche Post», das Organ der Deutschen Postgewerkschaft, zur Veröffentlichung von zwei wichtigen Aufsätzen veranlaßt. *Annedore Leber*, die Witwe des von Hitler ermordeten sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten, stellt unter dem Motto «Jeder muß sich entscheiden» grundsätzliche Betrachtungen an, aus denen einige Sätze zitiert seien:

«Der höchste Sinn des Lebens liegt in einem verantwortlichen Wirken für die Umwelt. Wo aber beginnt und wo hört diese Verantwortung heute auf? Ihrem Wesen nach immer auf den anderen Menschen gerichtet, ist sie in der Familie eine Selbstverständlichkeit. Hier wird sie täglich und meist in selbstloser Weise geübt. Nötiger denn je aber muß sie heute über den persönlichen Bereich auf das Ganze gerichtet sein, auf eine menschliche Welt, die von jedem einen Beitrag verlangt. Niemand kann die Augen vor den Tatsächlichkeiten dieses Jahrhunderts verschließen. Jeder weiß, was in den vierzig Jahren seit Aufkommen der modernen totalen Diktatur über Europa gekommen ist. In der gleichen Zeitspanne nahmen Wissenschaft und Technik ihre gigantische Entwicklung. Sie brachten dem Menschen unendliche Erleichterungen und unzählige Bereicherungen. Aber sie brachten ihm auch die ungeheuerliche Versuchung, ihre weltumspannenden Möglichkeiten seinem dämonischen Urtrieb nach der Beherrschung anderer dienstbar zu machen. Sie boten dem menschlichen Machtwahn nicht nur technische Mittel zur terroristischen Bedrohung des körperlichen Lebens, sondern auch moderne Techniken zur Beeinflussung und Besitzergreifung von Denken und Seele... Entscheidend ist, daß sich die Gewissenskraft des einzelnen auf die Ordnung unseres Zusammenlebens auswirkt. Daß sich der Mensch zum Herrn über den anderen Menschen machen will, ist so alt wie die Menschheitsgeschichte. Aber ihr Sinn würde verlorengehen, wenn als Resultat des zwanzigsten Jahrhunderts verbucht werden müßte, daß die gesellschaftliche Ordnung zu ihrer Aufrechterhaltung des staatlich gelenkten körperlichen und geistigen Erschlagens bedarf.»

Der zweite Aufsatz stammt von *Walter Hammer*, dem Manne, der mehr als irgendein anderer in den letzten zwölf Jahren dazu beigetragen hat, das Gedächtnis an die Opfer der Hitlerbarbarei wachzuhalten. Hammer erinnert hier an einen einzelnen, der am 22. Juli 1943 als politisches Opfer der Hitlerjustiz von Henkers Hand starb, an den Berliner Postassistenten und früheren sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten *Eduard Zachert*. Aber dieser Gedenkartikel ehrt nicht nur dieses eine Opfer, sondern in ihm die «sechs Millionen Opfer des Unrechtsstaates, brutaler Gewalt und teuflischer Willkür».

Im Aprilheft 1958 veröffentlichten die «Gewerkschaftlichen Monatshefte» (Köln) eine Arbeit von *Gerhard Schulz-Wittuhn* «Widerstand gegen Hitler». Diese stark beachtete Publikation hat Dr. *Hermann Woothke*, Ministerialdirigent a. D., veranlaßt, seiner-

seits in der Zeitschrift «*Der deutsche Beamte*» (Nr. 7) seine Erinnerungen an den Widerstand gegen Hitler zu veröffentlichen. Wir müssen uns damit begnügen, auf diese wichtige Veröffentlichung hinzuweisen; nur aus den Schlußfolgerungen, die Dr. Woothke als Lehre für die Zukunft zieht, möchten wir einige besonders wichtige Sätze festhalten:

«Es heißt, daß niemand die Verpflichtung hat, Held zu sein. Wer es nicht war, sollte aber die menschlich verständliche Schwäche nicht mit der Berufung auf einen Vorrang der Eides- und Gehorsamspflicht drapieren, erst recht nicht, wenn es sich um einen sinnlos und frevelhaft gewordenen Einsatz des Lebens *anderer* Menschen handelt, am allerwenigsten, wenn er zum Werkzeug des Tyrannen in der Vollstreckung von Hinrichtungsbefehlen geworden ist. Mit der Stellung des einzelnen in der Gesellschaft wächst auch der Grad seiner Pflichten gegenüber jedem seiner Mitbürger, gegenüber der Gesellschaft und am meisten gegenüber den Mitmenschen, deren Leben und Tod in seine Hand gegeben ist... Es ist Aufgabe und Verpflichtung der Lebenden, vor den Gefahren vielfältiger Fehldeutung einer schicksalsvollen Stunde der deutschen Geschichte die kommende Generation zu bewahren.»

Im Zusammenhang mit diesem Thema weisen wir darauf hin, daß die Münchener Monatsschrift «*Politische Studien*» (Heft 99) ein interessantes Porträt des ersten Chefs der Gestapo, Rudolf Diels, aus der Feder von *Harry Wilde* veröffentlicht; im gleichen Heft finden wir einen wertvollen Literaturbericht von Helga Grebing über «Preußen — ein Irrweg unserer Geschichte?»

*

In Heft 5/6 der im 14. Jahrgang in Ostberlin erscheinenden Monatsschrift «*Aufbau*», die vom «Deutschen Kulturbund» herausgegeben wird und in deren Redaktionsbeirat führende Männer der DDR wie *Johannes R. Becher* und *Alexander Abusch* sitzen, finden wir eine 22 Druckseiten umfassende Abrechnung mit dem ungarischen Philosophen *Georg Lukacs*. Der Verfasser dieser Arbeit, *Joszef Szigeti*, überschreibt seine Untersuchung «*Georg Lukacs und die Folgen*». Mit einer Schärfe, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigläßt, geißelt er unter anderem «Lukacs' unrichtige Konzeption des antifaschistischen Kampfes» und «sein Unverständnis des volksdemokratischen Klasseninhaltes schon im Jahre 1948», sein «Zurückschrecken vor dem Sozialismus und vor der Diktatur des Proletariats» usw. Weiter wörtlich: «Die Logik von Lukacs ist die Logik der Oberfläche. Der Klassenkampf für den Sozialismus wird bei ihm deshalb als bewegende Kraft der Geschichte unterschlagen, da er ihn in den Kampf zwischen Fortschritt und Reaktion verwandelt, was in dieser Form eine verwässerte bürgerlich-demokratische Phrase bleibt. So kann es geschehen, daß er, die sozialistischen Bestrebungen in den allgemein-demokratischen Bestrebungen auflösend, den sozialistischen Kampf gegen den Kapitalismus aus den Formen des gegenwärtigen Fortschrittes eliminiert.» So wundert es dann den Verfasser nicht, daß Lukacs zur Gruppe des inzwischen hingerichteten Imre Nagy stoßen mußte: «Derart stehen die politischen Konzeptionen von Georg Lukacs mit seiner politischen Praxis in engster Verbindung.» Auf die Folgen dieses Aufsatzes «*Georg Lukacs und die Folgen*» darf man gespannt sein. *Walter Fabian*